

KURZ NOTIERT

von Saskia Dworschak

Die Autorin ist Mitglied der Stiftung Asienhaus und hat in diesem Jahr ihr Masterstudium Regionalwissenschaft Südostasien an der Universität Bonn abgeschlossen.

Schiffstragödien: Das traurige Ende der ArbeitsmigrantInnen

Die Schiffsunglücke im Juni und Juli 2014 haben erneut auf die prekäre Situation vieler ArbeitsmigrantInnen in Malaysia aufmerksam gemacht. Mitte Juni ist ein Boot mit ArbeitsmigrantInnen vor Malaysias Küste gesunken. Nur 60 der rund 100 Personen konnten lebend geborgen werden. Auf dem Boot befanden sich indonesische ArbeitsmigrantInnen, die zum Teil mit ihren Familien auf dem Weg in ihre indonesische Heimat waren.

Malaysia zieht viele ArbeitsmigrantInnen aus südostasiatischen Ländern an – vor allem aus Indonesien. Diese finden hier oftmals Arbeit auf Palmöl-Plantagen oder als Hausangestellte. Unter besonders schwierigen Bedingungen leben und arbeiten illegale ArbeitsmigrantInnen. Sie werden häufiger zu Opfern körperlicher und sexueller Gewalt. Hinzu kommt, dass sie oftmals kaum Möglichkeiten haben, dagegen rechtliche Schritte einzuwenden.

Der Regierung wird seitens vieler NGOs vorgeworfen, zu wenig für die Sicherheit und die Rechte der ArbeitsmigrantInnen zu tun. Im Speziellen wird bemängelt, dass die malaysische Regierung die ILO-Konvention Nr. 189 (Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte) bislang nicht ratifiziert hat.

*Deutsche Welle 18.6.2014
ILO 4.3.2014, 16.6.14*

Staatsbesuch Obamas: Kritik und Annäherung

Als erster US-Präsident seit 1966 hat Barack Obama Malaysia einen Staatsbesuch abgestattet. Zwar äußerte sich Obama während seines Besuchs kritisch gegenüber den politischen und zivilen Restriktionen im Land, doch im Fokus stand die verstärkte wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit Malaysias und den USA.

Um diese Zusammenarbeit voranzutreiben laufen derzeit Verhandlungen über die »Trans-Pazifische Partnerschaft« (TPP) – ein geplantes Freihandelsabkommen

zwischen zwölf Staaten in der Asien-Pazifik-Region. TPP sieht unter anderem den Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen vor. Die USA streben damit eine Ausweitung ihrer Exportmärkte in der Region an. Viel Kritik wird an TPP selbst geäußert. Aber auch Malaysias Wirtschaftspolitik wird im Zuge der Verhandlungen diskutiert. Im Kontext der wirtschaftsliberalen Ausrichtung von TPP wird die stark auf die Bevorzugung der *Bumiputera* (Bezeichnung für die malaisische und die indigenen Ethnien

Malaysias) ausgerichtete nationale Agenda kritisiert. Auch Obama wies während seines Besuchs darauf hin, dass »Malaysia won't succeed if the non-Muslims do not have the same opportunity«. Und auch der Staat selbst bleibt nicht verschont: Die in dem Abkommen angestrebte Transparenz bei wirtschaftlichen Entscheidungen wird thematisiert und ein Fehlen dieser Transparenz bemängelt.

*Deutsche Welle 26.4.2014
New Mandala 1.7.2014*

Menschenrechte: Missachtung der Rechte von LGBT

Im Juni 2014 hat ein islamisches Gericht 16 Transgender-Frauen für das Tragen von »Frauenkleidung« zu sieben Tagen Haft und einer Geldstrafe verurteilt. In allen 13 malaysischen Bundesstaaten steht das Tragen von »Frauenkleidung« für Männer unter Strafe. In drei Bundesstaaten werden Transgender-Männer für das Tragen von »Männerkleidung« kriminalisiert.

Als besonders demütigend empfanden die Frauen die Behandlung durch die Behörden: Laut *Justice of Sisters*, einer malaysischen Transgender-Rechts-

Gruppe, wurde eine der Frauen geschlagen. Des Weiteren berichteten die Frauen, dass ihnen von den Gefängnisbehörden der Kopf geschoren wurde, nachdem sie in ein Männergefängnis gebracht wurden.

Nachdem die Verteidigung zwei Tage nach dem Urteil Berufung und die Freilassung der Frauen auf Kautions gefordert hatte, äußerte sich der Richter laut im Gerichtssaal anwesender AktivistInnen von *Justice of Sisters* abwertend gegenüber den Transgender-Frauen.

Auch drei Transgender-Frauen, die im Bundesstaat Negeri Sembilan eine Petition gegen das diskriminierende Gesetz eingereicht hatten, sahen sich von richterlicher Seite Beleidigungen und Spott ausgeliefert. In ihrer Petition argumentieren sie, dass das Gesetz gegen viele der in der malaysischen Verfassung festgelegten Grundrechte verstößt.

*Human Rights Watch Malaysia
23.5.2014, 23.6.2014
The Star 17.7.2014, 18.7.2014*